

Deutsches Reich.

Justizrat.

Der Reichstag erledigte am Donnerstag den ganzen Justizrat. Von den vielen Rednern, die zum Justizrat kamen, brachte wohl keiner prinzipielle Gesichtspunkte vor. Genosse Dietze in die Debatte, der den geradezu monströsen rassistischen Antisemitismus des Entwurfs des Justizgesetzes, wie er es verdient.

Einiges Verständnis für jetzige Justizreform zeigte die liberale Debatte, die freilich die Dose und Abfall, während Herr Reiser vom Zentrum nach einer Neuauflage der Verträge sprach. Abwechslung in die Debatte brachte der Justizrat Herr Reiser durch anschließendes Schimpfen auf den von ihm Paton de Schöen Minister Staatssekretär des Justizministeriums. Sein jüdischer Staatssekretär Herr Reiser sprach leider nicht, obwohl es bei einer Justizdebatte doch ziemlich nahegelegen hätte. Der Präsident in der Reichsversammlung vom dem Vizepräsidenten Staatssekretär nichtig. Staatssekretär Vico sprach nur einmal in die Debatte ein, um einen Gesetzentwurf über die Entlassung des Reichsgerichts anzuführen und ein sehr patriotisches Interesse für Fortschritt an den Tag zu legen. — Am Freitag kommt außer Nachtragserlass des Reichsgerichts zum Vortrage.

Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag.

Die Kommission für den vorläufigen Handelsvertrag trat am Donnerstag vor der Plenarsitzung zur Berichterstattung über den Vertrag zusammen. Die materielle Beratung war vor acht Tagen beendet worden. Auf Antrag des Abg. Fuhrmann (natl.) wurde nach vertraulichen Mitteilungen der Regierung beschlossen, sich bis nächsten Mittwoch von neuem zu versetzen. Taggen stimmten unter Gewissen, Konfessionelle und Freimänner.

Die des B. T. mittels, sind es gerade diese vertraulichen Mitteilungen der verschiedenen Regierungen gewesen, die die Mehrheit der Kommission am Donnerstag zu der Auslegung der Verhandlung veranlaßten. Die Minderheit bei der Ansicht gemeiner, der Abstimmung habe nichts im Wege, da ja das Wort der Kommission für das Plebiscit nicht bindend sei.

„Im Interesse des Reiches.“

Etwa 20 Reichsbeamte, meistens Unterbeamte, werden von Sachverständigen „im Interesse des Reiches“ vertrieben. Ten Grund für die plötzliche Verlegung hat man, wie es scheint, in einer Unziele in der modernen Beamtenverwaltung und in der Agitation für die Gehaltssteigerungen zu suchen. Die Gehaltssteigerungen und Gehaltssteigerungen sind zu einem Verbände vereinigt, der keinen Spitz in Aktion hat und etwa 14.000 Mitglieder in allen Bundesstaaten zählt. Auf Anregung des Ministers ist nun ein neuer Verein ins Leben gerufen worden, der im Rechte der Verbandsmitglieder die Gehaltssteigerung genannt wird und dem auch die Vorgesetzten angehören. Es besteht natürlich, besonders im Reich der dem „Verband“ angeschlossenen Beamten, keine besondere Neigung, dem ministeriellen Verein beizutreten. Der „Verband“ ist auch energisch für die Gehaltssteigerung eingetreten und hat zu diesem Zwecke eine Protestversammlung nach Aitona einberufen. Nach dieser Versammlung sind die Beamten betreten und getragt worden, wer von ihnen der Versammlung beigetreten habe. Es mag sein bloßer Zufall sein, daß von den Beamten, die vertriebt werden, über die Hälfte an der Versammlung teilgenommen hat und daß zwölf der Vertriebenen dem „Verband“ angehören und in ihm bleiben wollen. Viele Beamte, die ausschließlich betreiben, wie man in Preußen das Koalitionsrecht respektiert, empfinden deswegen diese Verlegung als Maßregelung.

Sattelmacher Beispiel.

Der Sattelmachermeister Hoffmann, der bei den Sattelmacher Stadtbürgerversammlung polnisch gewählt hat, ist „im Interesse des Reiches“ nach Strehlen verlegt worden. Das Komiteemitglied der Presseversammlung, der forschungs Sattelmachermeister Hoffmann, wird vom Provinzial-Schulkollegium zur Verantwortung gezogen.

Als beamtet die Regierung die Sattelmacher-Interpellationen im Reichstage und im preussischen Landtage, um den Beweis zu bringen, daß man sich in Preußen-Deutschland ganz gewiß nicht etwa durch Interpellationen beirren läßt, Staatsbürgerrechte mit Fügen zu treten.

Gesetz.

Das jeden Kommentar teilt die Deutsche Tageszeitung mit, der preussische Finanzminister habe im Einvernehmen mit dem Reichsminister die bestenfalls zu ziehen erachtet, „da es meinet“ an Stelle des Häubens der Gerichte auch Androsen, Anwesenheit um in folgender Weise zu stellen:

Der Antragssteller hat sich zu verschließen, die Kosten der Unbrauchbarmachung, sowie die Kosten des Häubens überlassen, zu tragen. — Dem Antragsteller ist auf besonderes Verlangen zu erlauben, die Unbrauchbarmachung der Gerichte durch Androsen oder sonstigen nach näherer Bestimmung der Justizbehörde und unter vollständiger Verantwortung selbst zu besorgen, oder in einer am Tage der Vollziehung oder anderen gelegenen Weise bewerkstelligen zu lassen, wenn er sich verpflichtet, die Kosten der vollständigen Unbrauchbarmachung zu übernehmen.

Zusammen muß die Justiz, die erfahren haben, die Regierung solle mit der Vollziehung der Justizgesetzte fortfahren, „da die amtlichen Ämterverhältnisse die Unschädlichkeit des Hofes für die Schwere feststellen können“. Um aber den Beamten über Verantwortung der Schlichtungsstände und der Wahlämter durch den Hofhof Abbildung zu schaffen, schweben an den schwebenden Stellen gegenwärtige Verhandlungen darüber, ob es möglich erachtet, die Stärke der zur Abnahme der Gerichte verwendeten Soldat und dazuzulegen, ohne daß dadurch eine Beeinträchtigung des durch die Forderung erzielten Zweckes eintritt.

In den deutsch-amerikanischen Handelsverhandlungen. Aus Neuport wird gemeldet: Dattamisch wird erklärt, Amerika verlange nur die volle Handelsfreiheit. Falls dies Deutschland genehmigt, erhalte es den Handelsvertrag. Graf Bernstorff habe eine längere Unterredung mit dem Staatssekretär Knop. Knop bezieht auf den Reichstag hin.

Zur Wahlverfahren. Ueber die gegenwärtige Lage des Reichstages zwischen der russischen Regierung und dem Hauptmann v. Helldorf berichtet der L. A.: Die Abberufung des russischen Ministers D. N. S. ist darauf zurückzuführen, daß eine Kommission mit ihm nicht ganz zufrieden war. Sein Nachfolger als Unterminister für Ausland wird sich in einigen Tagen einstellen. „Es soll eine Persönlichkeit sein, von deren Tätigkeit man eine schnelle günstige Lösung des Konflikts erwartet.“

Schleifenschiefer Karner. In der Handelskammer des Reichstages war gestern auf einem Tische eine größere Zahl vertrieben ge-

hörter Karnerplatten zur Verfügung der Abgeordneten aufgelegt. Sie enthielten durchweg der russischen Kolonie, und zwar aus einem Lager, das in unmittelbarer Nähe der Ostbahn lag. Die Platten waren 100-120 Kilometer von der Küste entfernt. Die Platten waren, in der Regel von sehr starkem Holz.

Am der sozialliberalen Sitzung. Der Parteitag der sozialliberalen Vereinigung, der endgültig zur sozialliberalen Parteiverammlung Stellung zu nehmen hat, soll am Sonntag den 3. März nach Berlin einberufen werden. Falls er die inzwischen noch einmal vom Bierbrauerei und den drei Parteileitungen durchgehenden programmatischen und organisatorischen Beschlüssen billigt und der Forderung zustimmt, werden sich die Parteimitglieder am Sonntag den 3. März am ersten sozialliberalen Parteitag der neuen Partei in Berlin beteiligen.

Preussische Sozialpolitik. Die Bürgererschaft genehmigte am Mittwoch die Entwürfe auf Verifizierung der Geschäftsordnung. — Die Hoffnung der Sozialliberalen, durch solche Verfassungsmaßnahmen die Sozialdemokratie mundtot zu machen, wird allerdings eine bittere Enttäuschung erleben.

Verweise Bekantnisse. Wie dem Hansbünd mitgeteilt werden ist, führte ein Wanderredner des Bundes der Landwirte in Wuppertal aus:

„Der Untergrund der deutschen Industrie ist kein Schaden, sondern nur ein Knapen für die Landwirtschaft. ... Wenn es nur der Landwirtschaft gut geht, können wir sagen: Die Landwirtschaft, magt ruhig sein!“

Verurteilte Anarchisten. Wegen Verleumdung von Angehörigen der deutschen Reichsregierung und Verleumdung des Reichstages wurde der verantwortliche Redakteur des anarchistischen Tages „Arbeiter“ Wilhelm Müller von der Reichsregierung verurteilt. Der Reichstagsrat, der die Verurteilung des Reichstages verurteilt, hat die Verurteilung des Reichstages verurteilt. Der Reichstagsrat, der die Verurteilung des Reichstages verurteilt, hat die Verurteilung des Reichstages verurteilt.

Alte politische Nachrichten. Die Flotte richtete an alle Geschwader eine Note, in der sie gegen den Gebrauch der neu beschafften britischen Dreimastkisten mit dem Aufdruck „Deutsches Reich“ protestierte, daß fortgesetzt Gerichtsverfahren im Namen des Königs der Dänen geführt wurden. — Die spanische Unterparlamentarische Kommission glaubt, daß es sich bei dem Brande des Parlamentsgebäudes um einen verbrecherischen Anschlag handelt. Die Kommission wird in dem unweit des Palastes gelegenen Hause des früheren Kriegsministers Niza ihre Sitzungen abhalten. — Wie aus Managua gemeldet wird, hat Nader infolge des Verhaltens des revolutionären Generals Estrada auf neue die Friedensverhandlungen abgebrochen und Verordnungen zu einem entscheidenden Schritte gegen die Aufständischen erlassen.

Ausland.

Holland.

Für Wahlrecht und Zehnhunderttag.

1. Amsterdam, 18. Januar. Am Freitag vorher Woche fand eine gewinnbringende Versammlung der Parteimitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Vorstandes der Gewerkschaftsvereine (des A. B. V.) statt zur Beratung einiger Punkte betreffend die Aktion für das allgemeine Wahlrecht und den Zehnhunderttag. Beschlissen wurde, dieses Jahr wieder die gedruckte Wahlrechtsdemonstration an einem Sonntag vor der Parlamentsöffnung abzuhalten. Beide Vorstände waren der Ansicht, daß diese Demonstration alle bisherigen Anstrengungen bei weitem übersteigen werde. Ferner sollen Mittel bestritten werden, um die Aktion für das Wahlrecht auch weiter in anderen Ländern zu lassen, die bisher außerhalb der Bewegung standen. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei soll auf dem bevorstehenden Parteitag beantragen, eine Volkspetition in die Wege zu leiten. 1918 sollen im ganzen Lande Versammlungen abgehalten werden in Verbindung mit der Unterzeichnung der Petitionskisten.

Zum Kampfe für den Zehnhunderttag wurde beschlossen, die jeweiligen Arbeiterorganisationen anderer Richtungen einzuladen, um gemeinschaftlich am nächsten Himmelfahrtstag, im Anschluß an das Verlesen der zweiten Kammer, für den Zehnhunderttag zu demonstrieren.

England.

Der Wahlkampf.

London, 20. Januar. Nach den bis 1 Uhr nachts vorliegenden Wahlergebnissen sind 163 Unionisten, 137 Liberaler, 29 Mitglieder der Arbeiterpartei und 53 Nationalisten gewählt. Die Unionisten haben 72 und die Liberalen 9 Sitze erobert. Der Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, wurde in Warwick wiedergewählt, ebenso der Arbeiterführer Keir Hardie.

Spanien Denkschrift.

London, 20. Januar. Admiral Lord Doreford sprach sich einem Journalisten gegenüber folgendermaßen aus: „Unere Kräfte sind ein beim ersten Blick überlegen, in Wirklichkeit sind sie ungenügend. Deshalb werde ich im Parlament unterzählen die Durchführung eines energischen Programms und die Vermählung eines Kredites von zehn Millionen Pfund Sterling beantragen, damit wir für jede Eventualität gerüstet sind. Unsere Kräfte sind ungenügend, während unsere Rivalen ihre Kräfte vermehren, ihre Flotten bereichern und ihre Geschwader vergrößern. Ein deutlicher Angriff wird, wenn er einmal kommt, überrollend und zerstörerisch sein.“ Auch für die Vandalen erklärte der Admiral eine Vergrößerung und durchgreifende Reorganisation als notwendig. Aber die Frage der Vergrößerung der Flotte ist die Lebensfrage für England, da die Deutschen überall in Holland und Belgien ebenso wie in Persien oder Afrika Territorien zu gewinnen suchen.

Katholikentage.

London, 20. Januar. Im Kohlenbergwerk von Duxton bei Senham-Carbour in der Grafschaft Durham verletzten mehrere hundert Katholiken, die eines Kohlenknüttels zu bräutigen, waren aber von der Polizei zurückgehalten. Die Polizei bewahrt die Polizei, die Feuer gab und sechs Streifen verurteilte. Die Katholikentage empfangen mit einem Steinwurf, durch den vier Personen verwundet wurden.

Verden.

Reichstagskritik und russische Intrigen.

Verden, 20. Januar. Reichsminister Eberhard und der Minister des Auswärtigen erklärten ihre Demission ein. Das Parlament nahm die Demission jedoch nicht an, sondern schickte eine besondere Expedition zu Eberhard, um ihn zu beruhigen und zur Weiterführung der Arbeit zu bewegen. Beide Minister traten in Ruhe. In den letzten Tagen sind verschiedene Zusammenkünfte

zwischen den hiesigen Sozialen und Sozialisten abgehalten. Es verlautet auch, man wolle die vertrieben Kolonisten zu lösen und die russischen Chuvost zu überwinden. Wenn man auch die Unterstützung gegen die russische Brigade suchte, so wurde die russische Brigade nicht gelöst, weil sie auf den hiesigen Arbeiterpartei nicht wurde und weil die Einmischung zu früher Truppen in Verden veranlassen könnte, was die Verer ebenfalls meiden vermeiden wollen.

Kritik?

Genosse A. Pannekoek sendet uns folgende Bemerkung: „So Genosse Stadnauer die zuerst in der Leipziger Volkszeitung geführte Polemik in seinem eigenen Blatt fortsetzt, bitten wir um Aufnahme folgender Erwiderung. So die früheren Artikel von Verden dieses Blattes wohl nicht ganz bekannt sind, beunruhigt uns das folgende zur Veranschaulichung. Genosse Stadnauer führt im Schluß seiner Schrift über Verfassungswesen aus, daß die Demokratie, die politische Gleichberechtigung, unerschöpfliche Kräftequellen sprudeln läßt, den Arbeiter aller Staatsbürger, für das Gemeinwohl ihre Kräfte anzuwenden, anheißt und bewirkt, daß sie ihre Fähigkeiten aufbietet für die Gesamtheit anspannen. Demgegenüber führt ich aus, daß die politische Gleichberechtigung unter dem Kapitalismus die Wirkung nicht haben kann; auch wenn der Arbeiter das gleiche Wahlrecht besitzt, aber zugleich in der Fabrik noch immer ausgebeutet wird, fühlt er sich nicht als Mitglied eines Gemeinwesens, für das er im Wettbewerb mit anderen als seine Kräfte einsetzt; denn die Ausbeutung in der Fabrik führt er als etwas viel Schlimmeres als die politische Ungleichheit. Soll aber mit jenem Gemeinwesen seine Kräfte gesammelt sein, so legt der Arbeiter auch jetzt schon ohne gleiches Wahlrecht alle seine Kräfte für seine Klasse ein; diese sprudeln nicht aus seiner Gleichberechtigung, sondern umgekehrt aus seiner Ungleichheit hervor. Das allgemeine Wahlrecht, die Demokratie, ist für uns diese ganz andere Bedeutung, eine neue entscheidende Wahl im Befreiungskampf zu sein; deshalb müssen wir mit aller Kraft für dieses kämpfen; die Klassen, es werde die Staatsbürger zum Einkippen aller Kräfte für das Gemeinwesen bringen, brauchen wir dabei nicht.“

Das Werkwürdige in dieser Polemik ist nun, daß Genosse Stadnauer nicht den letzten Versuch macht, die Nichtigkeit seiner Ausführungen zu beweisen. Auch jetzt nicht, ein Stück dessen redet er sowohl über „Leere Wortschüsseln“, einen Streit um Wort und Grammatik, daß man den Eindruck bekommt, er selbst keine Ahnung hat kein Gewand bei. Soll dies der Fall sein, will er damit sagen, daß er nur ein paar traditionelle Phrasen hingeworfen hat, die nicht ernst zu nehmen seien, so kann es uns auch recht sein, und bezaubern wir nur, daß wir sie ernst genommen haben.

Zurück verliert er jetzt nach allem Wutausbruch auf meinen Auslegungen eine Gleichberechtigung zu sein. Der Satz, daß gerade aus seiner Gleichberechtigung die Kampfeskraft des Arbeiters hervorgeht, bedeutet nach ihm: um so weniger Rechte, um so besser; was sollen wir dann für politische Rechte kämpfen, da doch damit die Klasse unruher Kraft, die Rechtlosigkeit, aufgeben wird? Wir müssen getrieben, daß wir, als wir jenen Satz niederschrieben, den wir für einen Gemeinplatz hielten, auf eine solche Logik nicht gefaßt waren. Es genügt aber, diese Logik auf ein anderes Beispiel anzuwenden, um ihre Schwachheit zu durchschauen. Was jetzt hat wohl jeder Sozialdemokrat geglaubt, daß der proletarische Kampf aus seiner Ausbeutung und Unterdrückung entbringt. Die Logik des Genossen Stadnauer besteht in, daß dies die veritable wirtschaftliche Gleichberechtigung ist, mit der die deutsche Sozialdemokratie nicht gemein hat. Denn sie behauptet: um so schlimmer die Ausbeutung, um so besser, denn um so kräftiger der Kampf; was sollen wir die Ausbeutung mit großen Opfern aufgeben haben, wenn der Kampf für den Sozialismus gerade in dieser Ausbeutung seine Quelle findet?

Zu solchen Schlußfolgerungen kommt man, wenn man mangelt besserer Argumente durch ein Wortspiel mit Worten seinem Gegner ganz unfinnige Auslegungen in die Schuhe zu schieben sucht. Ist es wirklich noch nötig, sich ernsthaft dagegen zu wehren, und zu beweisen, daß nicht der Kampf und die Kampfeskraft, sondern die Verlegung das Ziel ist, und daß man die Kraft zum Kampf nicht mehr braucht, wenn die Rechtlosigkeit aufgehoben ist? Ist es nötig zu beweisen, daß man doch nur für etwas kämpfen kann, was man nicht hat und dringend braucht?

Vielleicht schwerer als die politische Rechtlosigkeit wirkt dabei die Rechtlosigkeit in der Fabrik, die wirtschaftliche Unterdrückung. Doch der Arbeiter in der Fabrik einem proletarischen Despotismus gegenüber, daß kein Menschum gegen die Willkür des Ausbeuters nichts gilt. Das drückt sein Leben unendlich viel schwerer, als daß er nicht wählen darf und politisch als minderwertig behandelt wird. Weil ihm aber das Wahlrecht ein Mittel zur wirtschaftlichen Befreiung ist, daß es halb kämpft er so sehr um politische Rechte. Die Kraft, die ihn zum Wahlrechtskampf nachwärts treibt, ist daher nicht in erster Linie keine politische Rechtlosigkeit, sondern keine ökonomische Unterdrückung. Hat er das Wahlrecht erlangt, so hören damit der Kampf und die Kampfeskraft auf nicht auf, solange keine Ausbeutung bestehen bleibt, sondern der Kampf wird nur anders, mittels einer neuen Waffe geführt. — Mit dieser Darstellung ist nicht nur die Frage Stadnauers beantwortet, sondern hoffentlich auch der anonyme Einleger beruhigt, dem es unerträglich ist, daß man in der Rechtlosigkeit statt in der Gleichberechtigung die Quelle der Kampfeskraft sehen und anerkennen die Unterdrückung in der Fabrik für viel unerschöpflicher als die politische Ungleichheit halten kann.

Zum Schluß stellt sich Genosse Stadnauer als der mit Unbedacht belohnte Volksbeglucker hin; er habe nur davon geredet, die Wahlrechtsbewegung zu fördern, und dafür wird er nun mit Kritik angefaßt! Das Verdienst, nach Kräften den Wahlrechtskampf fördern zu wollen, nehmen wir gleichfalls für uns in Anspruch, nicht am wenigsten durch unsere Kritik. Es wäre etwas Schönes, wenn die Kritik (die wir alle haben), möglichst gut unserer Sache zu dienen, und vor gegenwärtiger Kritik schätzen könnte. Der guten Absicht alle Ehren, aber sie kann nicht eine verkehrte Methode richtig machen. Der Wahlrechtskampf ist eine so wichtige Sache für das Proletariat, um nicht ledig, der darin Anschauungen begraben, die er für verwerflich hält, die Pflicht aufzuerlegen, daran Kritik zu üben. Denn wie der Kampf verlaufen wird, hängt vor allem von der klaren Einsicht des Proletariats ab. Seine Kraft in diesem Kampfe wird nicht erhöht, sondern geschwächt, wenn es mit unbedachten Anschauungen hinein gehen würde. Allerdings sind die Arbeiter, die die Ausbeutung am Leide fühlen, solchen Anschauungen weniger ausgebeutet als viele ihrer Wortführer, die ganz in der Politik leben. So sie aber propagiert werden, müssen sie kritisiert werden. Wir können keine Förderung des Wahlrechtskampfes darin erblicken, wenn den Arbeitern weisgemacht wird, daß der politischen Gleichberechtigung werden alle Staatsbürger miteinander wetteifern, dem Gemeinwesen nach Kräften zu dienen; und nach weniger, wenn der Autor dieser Behauptung sie nachher nicht einmal zu verteidigen der Mühe wert hält, sondern darüber redet, als habe er nur etwas hingeschrieben, das man nicht beim Worte nehmen soll. —

Sowjet Genosse Pannekoek.

Ich bin weit entfernt, Kritik nicht zu wünschen, ich wäre vielmehr auch für die Kritik des Genossen Pannekoek sehr dankbar, wenn sie mehr zutreffend als eigenhändige Rederei und pedantische Eitelkeit wäre.

Darum habe ich nicht die Absicht, auf die obigen Ausführungen nochmals zu erwidern. Die im vorliegenden auch nur früher wiederholen. Ich verweise lediglich auf meinen Artikel über die politische Gleichberechtigung Pannekoeks in der Nummer vom 27. Dezember 1909 dieser Zeitung und unterbreite — hat jeder weiteren Antwort — nachfolgende den Verleser den letzten Abschnitt meiner Schrift, in dem der Parteivorstand die Gefahr erschrecklicher Parteipolitik